

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 8 86 846 ppbn d

## Inhalt

Dr. Ursula Engelen-Kefer  
erläutert die neuesten Ver-  
suche zur „Bereinigung“  
der Arbeitslosenstatistik:  
Allensbach - Nothelfer für  
Blüm.

Seite 1

Dietrich Sperling MdB for-  
dert eine Neubewertung der  
Energiepolitik: Die Folgen  
von Tschernobyl.

Seite 4

Horst Siefaff MdB berichtet  
über die innere Lage Polens:  
Zwischen Mutter Gottes  
und Solidarnoz.

Seite 5

41. Jahrgang / 143

31. Juli 1986

Allensbach - Nothelfer für Blüm

Noelle-Neumanns Dienste beim „Ausmisten“ der Arbeitslosen-  
statistik

Von Dr. Ursula Engelen-Kefer  
Vizepräsidentin der Bundesanstalt für Arbeit

Nicht oft genug ist an den Grundsatz von Norbert Blüm zu er-  
innern: „Wir wollen die Arbeitslosigkeit und nicht die Statistik  
bekämpfen.“ Erneuter Anlaß ist die geplante Repräsentativbefra-  
gung Arbeitsloser durch das Institut für Demoskopie Allensbach.  
Nun ist gegen Untersuchungen zur Versachlichung der Diskus-  
sion über Erscheinungsformen, Ursachen und Bekämpfung der  
Arbeitslosigkeit keinesfalls etwas einzuwenden - im Gegenteil!  
Fragwürdig wird dies allerdings, wenn aus der Untersuchungskon-  
zeption der Eindruck entsteht, bei den Ursachen der Arbeits-  
losigkeit soll das tatsächliche oder vermeintliche individuelle  
Fehlverhalten der Arbeitslosen vornehmlich erforscht werden.

Ein beträchtlicher Teil der Arbeitslosen sei aufgrund persön-  
licher Defizite - Gesundheitsbeeinträchtigung, Alkohol- oder  
Drogenmißbrauch, Sektenmitgliedschaft - nicht im Erwerbs-  
leben einsetzbar; ein Teil der Frauen melde sich aus finanziel-  
len oder politischen Gründen arbeitslos, ohne eine Arbeit auf-  
nehmen zu wollen. Katholiken seien weniger häufig arbeits-  
los als Protestanten und Konfessionslose; die festgestellte höhere  
regionale Mobilität der Arbeitslosen im Vergleich zu den Be-  
schäftigten erkläre sich zum Teil aus den lockeren partnerschaft-  
lichen Verhältnissen und dem auch hiermit zusammenhängen-  
den größeren Hang zum Nomadentum und weniger aus einer  
größeren Bereitschaft Arbeitsloser, für eine Arbeitsaufnahme  
auch das Opfer regionaler Mobilität auf sich zu nehmen.

Die Tendenz einseitiger Schuldzuweisungen gegenüber den  
Arbeitslosen ist nicht neu. Sie ist so alt wie die hohe Arbeits-  
losigkeit in der Bundesrepublik bereits anhält.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Vertriebspartner  
mit wertvoller Rückmeldung  
Zustellungsfreier



Bezeichnend ist, wenn mit Besorgnis festgestellt wird, daß zwei Drittel der Bevölkerung denken, die Jugendarbeitslosigkeit sei in der Bundesrepublik Deutschland ebenso hoch oder höher als in den anderen Industrieländern und nur ein Drittel wisse, daß sie bei uns relativ niedrig ist, nämlich niedriger als in allen anderen Mitgliedsländern der Europäischen Gemeinschaft (Ergebnis einer A-lensbacher Repräsentativumfrage im Sommer 1985). Sicher - dies ist eine Wissenslücke, die es zu schließen gilt. Nur - ist es nicht noch wichtiger, daß die Bürger in unserem Lande die Problematik erkennen, daß derzeit trotz Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum immer noch etwa 500.000 junge Menschen bis 25 Jahre als Arbeitslose registriert sind. Dies ist aus der Statistik der Bundesanstalt bekannt. Sollte hier nicht die Sorge um baldmöglichste erfolgreiche arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitische Maßnahmen zu ihrer beruflichen Eingliederung im Vordergrund weiterer Bemühungen stehen. Auch noch so tief gegliederte Segmentationsumfragen können nicht an dem bekannten Tatbestand vorbei, daß es an Ausbildungs- und Arbeitsstellen auch für junge Menschen mangelt. Ist hier nicht eine Priorität für die Politik, an der sich die Parteien gerade im Wahlkampf messen müssen.

Bekannt ist auch die „Sorge“ um die arbeitslosen Frauen, die angeblich gar keine Arbeit suchen, sondern lediglich Arbeitslosenunterstützung mitnehmen oder Rentenversicherungszeiten erwerben wollen. Eine besonders pikante - wenn auch nicht neue - Variante ist die Mutmaßung, Frauen würden sich arbeitslos melden, weil sie in jüngerer Zeit von bestimmten Interessengruppen dazu aufgerufen worden seien. Ohne in Abrede stellen zu wollen, daß es Einzelfälle gibt, in denen die sozialversicherungsrechtlichen Bedingungen ausschlaggebend für die Arbeitslosmeldungen sind, ist dies jedoch ein Nebenkriegsschauplatz. Die hohe Arbeitslosigkeit der Frauen ist bedingt durch ihre steigende Erwerbsbeteiligung seit vielen Jahren ohne irgendeinen Bezug zu Wahlterminen und das generelle Defizit an Ausbildungs- und Arbeitsplätzen sowie die immer noch bestehenden Nachteile von Mädchen und Frauen bei der Suche nach Ausbildungs- und Arbeitsstellen. Dies zu untersuchen und vor allem Vorschläge für die Abhilfe dieser Probleme zu erarbeiten, wäre sicherlich im Interesse der Wirtschaft und der betroffenen Arbeitslosen lohnender als nachweisen zu wollen, daß ein nennenswerter Teil der Frauenarbeitslosigkeit „unecht“ ist.

Eine Differenzierung der Arbeitslosen nach ihrer Vermittelbarkeit (gesundheitliche Gründe, Qualifikation) oder der wirtschaftlichen Notlage (Alleinernährer, „Doppelverdiener“) wie dies in der A-lensbacher Untersuchung vorgesehen ist - beinhaltet die Gefahr der Umkehrung von Ursache und Wirkung. So ist es geradezu zwangsläufig, daß bei langandauernder Unterbeschäftigung das betriebswirtschaftlich durchaus erklärbare Rekrutierungsverhalten der Unternehmer - Entlassung der schlechtesten und Einstellung der besten Erwerbspersonen - dazu führt, den Arbeitslosenbestand immer weiter zu „verschlechtern“. Dann ist es nur noch ein kleiner Schritt bis zu der Behauptung, daß diese Arbeitslosen nicht mehr vermittelbar seien und daher eigentlich auch nicht „richtig“ arbeitslos.

Es sind aber nicht in erster Linie die persönlichen Merkmale der Arbeitslosen, sondern die gesamt- und einzelwirtschaftliche Lage und Entwicklung, die darüber entscheiden, ob Arbeitslose geeignete Arbeitsplätze finden. So wurden im Verlauf der konjunkturellen Erholung nach der Rezession 1966/67 über 1,5 Millionen Ausländer zusätzlich in das Arbeitsleben integriert, die keinesfalls besser ausgebildet waren als die heutigen Arbeitslosen.

Einseitig ist ein Vorgehen, das die Arbeitslosigkeit am durchschnittlichen Bestand von 2,2 Millionen Arbeitslosen zu differenzieren versucht. Die für das Arbeitsmarktgeschehen viel wichtigeren Bewegungsvorgänge werden dadurch ausgeblendet. So waren von den 3,73 Millionen Abgängen aus der Arbeitslosigkeit - denen 3,75 Millionen Zugänge gegenüberstanden - 43,6 Prozent der Arbeitslosen ausgebildet, gesund, jünger als 56 Jahre und weniger als ein Jahr arbeitslos. Weiteren 30,3 Prozent fehlte zwar eine abgeschlossene Berufsausbildung, sie hatten aber keine weiteren einschränkenden Merkmale und beendeten die Arbeitslosigkeit nach weniger als einem Jahr. Fast drei Viertel aller Arbeitslosen können also nicht zu den „Problemfällen“ gerechnet werden. Andererseits ändern diese Bewegungsvorgänge nichts am Ausmaß der Unterbeschäftigung wie sie in der Bestandszahl zum Ausdruck kommt. Nur sind die Schlußfolgerungen für ihre Bekämpfung andere als bei der Betrachtung des Bestandes.



Zu der von Allensbach beabsichtigten Untersuchung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Arbeitslosen ist zweierlei zu bemerken:

Über die Auswirkungen insbesondere langfristiger Arbeitslosigkeit auf die Familie ist noch viel zu wenig bekannt. Eine Befragung der Haushaltsmitglieder könnte neue Aufschlüsse, zum Beispiel über die Bereitschaft und Möglichkeit zu regionaler Mobilität - zum Beispiel begrenzt durch schulpflichtige Kinder und/oder Auszubildende sowie bestehende Arbeitsverhältnisse anderer Haushaltsmitglieder -, erbringen. Zusätzliches Wissen über die Abstiegsprozesse vom Arbeitslosengeldempfänger zum Sozialhilfebezieher und die Folgen, zum Beispiel Zwang zur Erwerbstätigkeit für andere Familienangehörige, wäre nützlich.

Sollte ein Hauptanliegen der Untersuchung jedoch darin bestehen, Arbeitslose danach zu differenzieren, ob jemand wirtschaftlich auf Arbeit angewiesen ist oder nicht, würde nur einer Neuauflage der Diskussion über „echte“ und „unechte“ Arbeitslose Vorschub geleistet.

Die Arbeitslosen werden nach gesetzlich festgelegten Kriterien gezählt. Nach dem Arbeitsförderungsgesetz ist arbeitslos, wer vorübergehend nicht in einem Beschäftigungsverhältnis steht oder nur eine kurzzeitige Beschäftigung ausübt, sich persönlich beim Arbeitsamt gemeldet, das 65. Lebensjahr noch nicht vollendet hat und nicht arbeitsunfähig erkrankt ist. Kein Kriterium dagegen ist, ob jemand auf Arbeit wirtschaftlich angewiesen ist oder nicht. Ein solches Kriterium wäre auch nur schwer mit unserem Grundgesetz in Einklang zu bringen, das die freie Berufswahl und Gleichberechtigung von Mann und Frau garantiert. Werden diese gesetzlichen Bestimmungen erfüllt, haben natürlich auch Frauen, die früher berufstätig waren, das Recht, sich arbeitslos zu melden.

Ob jemand arbeiten will oder nicht, läßt sich nur dadurch feststellen, daß ihm ein konkretes Arbeitsangebot gemacht wird. Weil dies aufgrund des Arbeitsplatzmangels nicht immer möglich ist, ist auch nicht auszuschließen, daß sich unter der großen Zahl der Arbeitslosen auch Drückeberger befinden. In jeder Statistik können nur objektiv zählbare Tatbestände erfaßt werden. Ins Herz kann man niemandem schauen. Die Zahl der sogenannten Drückeberger sollte aber nicht überbewertet werden.

Bei der Ablehnung eines zumutbaren Arbeitsangebots tritt nach dem Arbeitsförderungsgesetz eine Sperrzeit für den Bezug von Arbeitslosengeld in der Regel von acht Wochen ein. Im Wiederholungsfalle erlischt der Anspruch ganz. Im Jahre 1985 gab es rund 25.000 Sperrzeiten wegen Ablehnung einer zumutbaren Arbeit, in rund 4.700 Fällen erlosch der Leistungsanspruch ganz. Im Vergleich zu den Arbeitslosenzahlen sind das nicht besonders viele Fälle - auch dies ist ein Indiz dafür, daß Arbeitslose nicht leichtfertig Arbeitsmöglichkeiten aufs Spiel setzen. (-/31.7.1986/st/ks)



### Die Folgen von Tschernobyl

#### Ist Weitermachen bezahbar?

Von Dietrich Sperling MdB

Die Bundesregierung hält auch nach Tschernobyl unbeirrt und schon fast pathologisch an ihrem Atomkurs fest. Die unmittelbare, wenn auch noch „harmlose“ Erfahrung, die die Menschen in der Bundesrepublik mit den Folgen eines solch schweren Reaktorunfalls gemacht haben, wird ihr zu einem sozialtechnischen Problem vorübergehend verringerter Akzeptanz, das sich lösen läßt, indem man einen neuen Minister ernannt. Darin dürfte eine grundlegende Täuschung liegen: Das kritische Bewußtsein für die Probleme nicht vollständig beherrschter Kernenergie und anderer Großtechnologien wächst. Die Verniedlichung „Restrisiko“ für die unmittelbaren und - wie sich zeigt - nicht sicher kalkulierbaren Gefahren beruhigt nur noch die, die sie benutzen.

Die Konsequenzen aus Tschernobyl dürfen sich, wollen wir aus dem, was dort geschehen ist, lernen und Konsequenzen ziehen, nicht auf ein bißchen Postenschacher und Ministerialorganisation beschränken.

Die erste wirkliche Konsequenz muß in einer Neubewertung unserer Energiepolitik und der mit ihr verbundenen Gefahren und Risiken bestehen. Wichtig ist: Dabei haben sich Begründungszwänge und Begründungspflichten grundlegend verschoben.

Angesichts ihres elementaren und lebensbedrohenden Gefahrenpotentials reicht die Begründung „billig und preiswert“ für Kernenergie nicht aus. Auch die pauschale Einstufung „ethisch verantwortbar“ ist unzureichend. Wer Kernenergie heute noch weiter nutzen will, muß eine neue „Vollkostenrechnung“ vorlegen: Stromproduktionskosten, Endlagerung, Abriß- und Entsorgungskosten, gesellschaftliche und soziale Kosten des Atomstaates und nicht zuletzt: ökonomische und ökologische Kosten der Gefahrenvorsorge sowie der Beseitigung der Folgen offensichtlich doch wahrscheinlicher als bisher angenommener Unfälle bis hin zur Größenordnung dessen von Tschernobyl. Auch die ökonomischen Verluste, die unserer Volkswirtschaft entstünden, würde eine Region durch einen solchen Unfall zeitweise oder auf Dauer unbewohnbar oder nicht mehr zu bewirtschaften, gehören dazu.

Wenn man sich die Konsequenzen von Tschernobyl für die dicht besiedelte Bundesrepublik vorstellt, wird man bei Betrachtung aller Folgen und Kosten zu dem Ergebnis kommen: Wir können uns Strom aus Kernenergie nicht mehr leisten. Alleine der ökonomische Preis ist auf Dauer zu hoch.

(-/31.7.1986/st/ks)

\* \* \*



Zwischen Mutter Gottes und Solidarnosc wirds eng

Notizen über eine Polenreise vom 14. bis 23. Juli 1986

Von Hörst Sielaff MdB

Die Situation in der Volksrepublik Polen hat sich im wirtschaftlichen Bereich weiterhin verbessert, die gesellschaftliche Normalisierung geht voran. Im Rahmen der Warschauer Paktstaaten scheint Polen einen eigenen Weg innerhalb des kommunistischen Bündnisses zu gehen, der auch von Gorbatschow abgedeckt wird. Die neue Gewerkschaft nimmt ihre Aufgabe ernst und erfüllt sie als Vertreterin ihrer jeweiligen Mitglieder. Dabei gibt es allerdings Diskrepanzen zur Situation der restlichen Bevölkerung. Gerade bei der offensichtlich wieder wichtigen Bergarbeitergewerkschaft ist dies erkennbar: Errungene Privilegien sollen nicht nur erhalten, sondern erweitert werden. Schon heute besteht die Möglichkeit, nach 15jähriger Arbeit unter Tage mit 45 Jahren bei Fortzahlung des vollen Lohnes - das weit über dem Durchschnittseinkommen der Polen liegt - in Pension zu gehen. Die Garantie einer Wohnung - Wohnungsnot ist eines der größten Probleme im Land - und die Möglichkeit, innerhalb weniger Monate ein Auto zu kaufen (sonst wartet man acht bis neun Jahre auf einen Wagen) sind weitere Vorteile der Bergarbeiter. Ihr Lohn ist mindestens doppelt so hoch wie der Verdienst von Spezialisten im medizinischen oder wissenschaftlichen Bereich. Rentner und Rentnerinnen leben häufig an der Grenze des Existenzminimums.

Diese gesellschaftspolitischen Ungleichheiten führen in der Bevölkerung weiterhin zu Verbitterung und zur Resignation. Man erwartet nicht immer neue Absichtserklärungen, sondern endlich konkrete Taten, die die Lage nachhaltig verbessern sollen. Die Regierung in Warschau ist sich dessen bewußt. Pressezensur findet weiterhin statt; sie ist gesetzlich geregelt und nicht mehr ganz so willkürlich. So muß zum Beispiel die Ablehnung eines Beitrages begründet werden und Einspruch bei Streichung ist möglich. Bei gestrichenen Artikeln kann vermerkt werden, daß er der Zensur zum Opfer gefallen ist. Allerdings: eine indirekte Einschränkung der Pressefreiheit geschieht auch durch staatliche Begrenzung der Auflage und durch begrenzte Papierzuteilung.

Die angekündigte Amnestie für politische Gefangene wird in der Bevölkerung kritisch beurteilt. Sie befürchtet, daß die Freilassung mit einer Loyalitätserklärung verbunden werden könnte. Diese jedoch wird die Mehrheit der Inhaftierten nicht leisten und sich damit den Weg in die Freiheit selbst versperren. In privaten Gesprächen wird immer wieder auf die psychische Situation der Solidarnosc-Mitglieder hingewiesen. Sie gelten in ihren Kreisen als Helden; die Familien werden durch die „Solidarität“ gut versorgt und eine Solidaritätserklärung pro Regierung würde die Betroffenen aus diesem Netz fallen lassen.

Für die Bevölkerung ist die Solidarnocrz praktisch bedeutungslos geworden; ihre Ideen jedoch leben weiter. „Walesa ist eine Idee“, so die Hoffnung eines führenden katholischen Publizisten. In der neuen Gewerkschaft werden viele Forderungen der Solidarnocrz aufgegriffen.

Die Diskussionen in der Bundesrepublik Deutschland über das Offensein der deutschen Frage und die Forderungen der Vertriebenenverbände, die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens solle erst bei Abschluß eines Friedensvertrages geschehen, wird weiterhin mit Skepsis zur Kenntnis genommen, insbesondere, weil sich immer wieder führende Vertreter der Bundesregierung an dieser Diskussion beteiligen.

Die Existenz einer deutschen Minderheit wird von allen gesellschaftlichen Gruppen überzeugend widerlegt. Kirchliche Kreise lehnen die Forderung nach weiteren Gottesdiensten in deutscher Sprache ab. Während die katholische Seite mitteilt, daß es kein Bedürfnis danach in der polnischen Bevölkerung gibt (lediglich für deutsche Touristen finden solche Gottesdienste statt), verweisen Vertreter des Ökumenischen Rates der Kirchen Polens darauf, daß regelmäßig deutschsprachige Gottesdienste zum Beispiel in Breslau, Stettin und Stolp angeboten werden.

Ein weiterer Irritationspunkt ist die Forderung nach besserer Pflege ehemaliger deutscher Friedhöfe. Die meisten deutschen Friedhöfe seien nach 1945 eingeebnet und zu Parkanlagen gemacht worden, heißt es auf polnischer Seite und daß ja auch in Deutschland Gräber nach vierzig Jahren eingeebnet werden. Noch vorhandene deutsche Gräber werden so behandelt, wie andere polnische Gräber auch. Besondere Anstrengungen unternimmt die Volksrepublik Polen zur Restaurierung des ehemaligen jüdischen Friedhofes in Breslau, auf dem neben Ferdinand Lasalle viele bedeutende Familien und Persönlichkeiten aus der deutschen Zeit ihre letzte Ruhe fanden.

Die Situation - insbesondere die wirtschaftliche - ist in der Volksrepublik Polen weiterhin kompliziert. Die Regierung unternimmt allerdings große Anstrengungen, um auf dem Weg der Normalisierung sichtbar voranzukommen. Der Bevölkerung geht vieles zu langsam. Aber trotz mancher gravierender Mängel wird immer wieder deutlich, daß die Volksrepublik Polen eines der liberalsten Mitglieder des Warschauer Paktes ist. Auch der deutsche Gewerkschaftsbund sollte dies berücksichtigen und die Gespräche mit den neuen polnischen Gewerkschaften aufnehmen.

Die UdSSR billigt den Polen ganz offensichtlich einen eigenen Weg im Sozialismus zu.

(-/31.7.1986/st/ks)

\* \* \*

